

302487-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Erweiterung Internat/Gewerbeschule Villingen- Schwenningen, Fachplanung ELT
OJ S 85/2026 04/05/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Schwarzwald- Baar- Kreis, Amt für Schule, Hochbau und Gebäudemanagement

E-Mail: vergabe@w2k.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterung Internat/Gewerbeschule Villingen- Schwenningen, Fachplanung ELT

Beschreibung: Gegenstand dieser Vergabe sind Fachplanungsleistungen ELT für die Erweiterung von Internat und Landesberufsschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Villingen- Schwenningen

Kennung des Verfahrens: a24a4b36-831b-4ac1-bc89-a5aebddf2e8e

Interne Kennung: 25/345 Schwarzwald- Baar- Kreis

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Die Anzahl der zum Verfahren zuzulassenden Bieter wird gemäß § 51 Abs. 1 VgV auf 3 begrenzt. Klarstellender Hinweis: Systemtechnisch ist als Mindestanzahl der zur zweiten Phase der Verfahrens einzuladenden Bewerber ein Wert von mindestens 3 einzugeben. Korrekt ist aber: Es wird mindestens 1 Bewerber zur zweiten Phase der Verfahrens eingeladen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Herdstraße 4 und Zähringerstr. 14

Stadt: Villingen- Schwenningen

Postleitzahl: 78050

Land, Gliederung (NUTS): Schwarzwald-Baar-Kreis (DE136)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YMEMCNQ# 1. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens unvollständige, unklare oder

fehlerhafte Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Angebots oder die Preisermittlung beeinflussen können, so hat das Unternehmen den Auftraggeber unverzüglich, jedoch spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist darauf hinzuweisen bzw. entsprechende Fragen zu stellen. 2. Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach diesem Zeitpunkt gestellt werden. 3. Fragen und Antworten werden ausschließlich über das Vergabeportal dtvp.de abgewickelt. Mündliche oder telefonische Auskünfte sind unverbindlich. 4. Es liegt im Verantwortungsbereich der Unternehmen, sich eigenständig Kenntnis über evtl. Fragen, Antworten, Ergänzungen oder Korrekturen der Vergabeunterlagen zu verschaffen, die im Vergabeportal dtvp eingestellt werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Vom Bewerber mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: 1. Eigenerklärungen unter Verwendung der Formularsammlung zur Bestätigung des Nichtvorliegens von

Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 Abs. 1 GWB. 2. Aktuelle

Unbedenklichkeitsbescheinigung (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt) der tariflichen Sozialkasse/Krankenkasse, falls das

Unternehmen beitragspflichtig ist. 3. Aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt) des

Finanzamts bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt. 4. Aktuelle Unbedenklichkeitserklärung /Nachweis über die

Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt). 5. Eigenerklärung unter Verwendung

der Formularsammlung zum Verbot der Beteiligung russischer Unternehmen nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erweiterung Internat/Gewerbeschule Villingen- Schwenningen, Fachplanung ELT
Beschreibung: Das LRA Schwarzwald-Baar-Kreis beabsichtigt die Erweiterung des Internates und der Landesberufsschule für das Hotel und Gaststättengewerbe, Herdstr. 4 und Zähringerstr. 14, 78050 Villingen-Schwenningen. Bei dem geplanten Erweiterungsbau handelt es sich um ein vier- bzw. fünfgeschossiges Gebäude, in dem 2 Einrichtungen untergebracht werden sollen: - Erweiterung Wohnheim des Internates der Landesberufsschule mit einer BGF von 2.398m² - Erweiterung der Landesberufsschule mit einer BGF von 1.824m² Der ausgeschriebene Auftrag umfasst Fachplanungsleistungen für technische Ausrüstung (Elektroinstallation § 55 HOAI) für die Anlagengruppen 4/5/6/8 (§ 53 HOAI): - LPH 1-9 - Stufenweise Beauftragung: zunächst LPH 1 bis 4 Weitere Einzelheiten finden sich in der Leistungsbeschreibung.
Interne Kennung: 25/345 Schwarzwald- Baar- Kreis

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Herdstraße 4 und Zähringerstr. 14
Stadt: Villingen- Schwenningen
Postleitzahl: 78050
Land, Gliederung (NUTS): Schwarzwald-Baar-Kreis (DE136)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Teilnahmeberechtigt sind Bewerber, die folgende Berufsqualifikation nachweisen: Dipl. Ing. oder "Bachelor of Engineering" bzw. "Master of Engineering" für Elektrotechnik (oder vergleichbare Fachrichtung). Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2013/55/EU entspricht. Juristische Personen sind berechtigt, wenn für die Durchführung der Aufgabe ein verantwortlicher Bearbeiter benannt werden kann, der die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt. Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften: Mindestens ein Mitglied muss diese Anforderung erfüllen. Der Nachweis ist zu erbringen durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre gemäß Formularsammlung. Mindestumsatz in den letzten drei Kalenderjahren (2023 bis 2025) gesamt: 800.000 EUR netto Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage einer Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen zu verlangen. Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften werden die Umsätze zusammengerechnet.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis bestehender Haftpflichtversicherung mit einer Mindesthöhe o für Personenschäden: 3.000.000 EUR; o für Sach- und Vermögensschäden: 1.000.000 EUR; Die vorstehend genannten Deckungsbeträge müssen pro Versicherungsjahr mindestens zwei Mal zur Verfügung stehen. Im Falle einer geringeren Deckung der Haftpflichtversicherung ist zunächst eine Eigenerklärung gem. Formularsammlung ausreichend, dass im Auftragsfall die Deckungssumme entsprechend erhöht werden kann. Auf Anforderung ist eine entsprechende Bestätigung der Versicherung einzureichen. Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften muss der Nachweis von jedem Mitglied erbracht werden.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber müssen belegen, dass sie Fachplanungsleistungen für Projekte in einer ähnlichen Größenordnung und Komplexität erfolgreich erbracht haben. Es werden maximal 5 Referenzen bewertet. Referenzen werden bewertet, wenn sie die folgenden Mindestanforderungen erfüllen: a) Neubau/Erweiterung von folgenden Gebäuden: Schulen, Bildungszentrum, Hochschule, Akademie, oder vergleichbare Gebäude mit einer BGF von mindestens 1.500 m² (eine solche Referenz muss mindestens einmal nachgewiesen werden) b) Neubau/Erweiterung von folgenden Gebäuden: Wohnheim /Internat oder vergleichbare Gebäude mit einer BGF von mindestens 2.000 m² (eine solche Referenz muss mindestens einmal nachgewiesen werden) c) Mind. Honorarzone II d) Mindestens Gebäudeklasse 3 nach LBO e) Erbrachte Fachplanungsleistungen für technische Ausrüstung (Elektroinstallation § 55 HOAI) für die Anlagenlagengruppen 4, 5, 6, 8 (§ 53 HOAI) der Leistungsphasen 1-8 (ohne LPH 4) f) Leistungszeitraum der erbrachten vergleichbaren Leistungen: 2021 - März 2026, d.h. d.h. LPH 8 muss innerhalb des vorgenannten Zeitraums überwiegend abgeschlossen sein g) Auftraggeber, der gem. VOB/A oder VOB/A-EU ausschreiben muss h) Bei mindestens einer Referenz muss es sich um ein gefördertes Projekt handeln. Wenn der Bewerber eine kombinierte Referenz (Schulbau und Wohnheim/Internat gemäß Buchstabe a und b) einreicht, die jeweils die o.g. Mindestanforderungen erfüllen, insbesondere die jeweiligen BGF mit 1.500m² und 2.000 m², sind in der Formularsammlung zwei getrennte Tabellen für die Referenzangaben auszufüllen. Kombinierte Referenz (lit. a und

lit. b) zählen als zwei Referenzen. Der Inhalt der Eigenerklärung richtet sich nach den Vorgaben gemäß Formblatt (siehe Formularsammlung). Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften muss die Referenz jedenfalls durch ein Mitglied der Gemeinschaft (d.h. nicht durch jedes einzelne Mitglied) erbracht worden sein. Das Mitglied muss allerdings die Leistungen erbringen, die sie im benannten Referenzprojekt erbracht hat. Werden die o.g. Mindestvoraussetzungen nicht erfüllt oder nachgewiesen, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. ----- Die Anzahl der zum Verfahren zuzulassenden Bieter wird gemäß § 51 Abs. 1 VgV auf 3 begrenzt. Wenn mehr Teilnehmer als die oben angegebene Bewerberzahl die gestellten Mindestanforderungen an die Eignung erfüllen, wird die Rangfolge der Bewerber gemäß dem nachfolgenden Punktesystem ermittelt. Berücksichtigt werden nur solche Referenzen, die die oben genannten Mindestanforderungen (siehe IV.5.1 der Bewerbungsbedingungen) erfüllen. Es werden maximal 5 Referenzen bei der Bewertung berücksichtigt, die in der Formularsammlung in die dafür vorgesehenen Tabellen eingetragen sind. Den Bewerbern steht es allerdings frei, weitere Referenzen einzureichen. Für den Fall, dass eine der in den Formularen eingetragene Referenz wegen Nichterfüllung der Mindestanforderungen nicht berücksichtigungsfähig ist, wird der Auftraggeber auch die weiteren Referenzen nach der angegebenen Nummerierung oder der im hochgeladenen Datensatz vorgenommenen Reihenfolge prüfen und die erste berücksichtigungsfähige Referenz in die Bewertung aufnehmen. Punktesystem: Nr. 1: Neubau/Erweiterung Schule, Bildungszentrum, Hochschule, Akademie, oder vergleichbare Gebäude > 1.500 m² BGF: 3 Punkte; Nr. 2: Neubau/Erweiterung Wohnheim/Internat oder vergleichbare Gebäude > 2.000 m² BGF: 3 Punkte; Nr. 3: Neubau/Erweiterung wie Nr. 1 im lfd. Betrieb: 1 Punkt; Nr. 4: Neubau/Erweiterung wie Nr. 2 im lfd. Betrieb: 1 Punkt; In Kategorie 1 und 2 müssen jeweils mindestens 3 Punkte erreicht werden. Auf die weiteren Mindestanforderungen in den Bewerbungsbedingungen unter IV.5.1 wird hingewiesen. Die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert. Bei Punktegleichstand entscheidet die höchste Summe der BGF der bewerteten Referenzen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Höchstanzahl erfolgreicher Angebote: 3

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMEMCNQ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMEMCNQ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMEMCNQ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 01/06/2026 12:00:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Klarstellung zu obiger Angabe: Die Nachforderung von Unterlagen erfolgt nach Maßgabe des § 56 Abs. 2 - 4 VgV und Artikel 56 Abs. 3 RL 2014/24/EU.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mit dem Angebot ist die Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG).

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nrn. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Schwarzwald- Baar- Kreis, Amt für Schule, Hochbau und Gebäudemanagement

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Schwarzwald- Baar- Kreis, Amt für Schule, Hochbau und Gebäudemanagement

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Schwarzwald- Baar- Kreis, Amt für Schule, Hochbau und Gebäudemanagement

Registrierungsnummer: 08326-A1784-40

Postanschrift: Am Hoptbühl 2

Stadt: Villingen-Schwenningen

Postleitzahl: 78048

Land, Gliederung (NUTS): Schwarzwald-Baar-Kreis (DE136)

Land: Deutschland

Kontaktperson: W2K Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB

E-Mail: vergabe@w2k.de

Telefon: +49 761211149-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Landkreis (DE123)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internetadresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: f75179c2-08e6-4fb9-a203-1531ae95e7b8 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/04/2026 16:24:12 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 302487-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 85/2026
Datum der Veröffentlichung: 04/05/2026